

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 18

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politische oder schöngeistige Kriterien für Solschenizyn?

Auf das Thema zurückkommen

Eine Diskussion

Sehr geehrter Herr Dr. Sager!

Im «ZeitBild» Nr. 13 (Unser Prssekomm. steht einiges, meinen Artikel im «Tagesanzeiger» vom 3. Juni 1969 betreffend, was nun meinerseits «wesentlicher Korrekturen» bedarf. Weder bin ich ein Nowosti-Korrespondent noch ein Neo-Stalinist, wie Sie zu vermuten belieben, sondern ein Feuilletonredaktor des «Tagesanzeigers» und als solcher angehalten, befugt und berechtigt, meine Meinung über russische Schriftsteller zu äussern. Und zwar gerade meine Meinung über deren schriftstellerische Qualifikation. Dafür bin ich schliesslich zuständig.

Der von Ihnen angegriffene Artikel war bewusst als literarische Ergänzung zum Prozessartikel mit der Auslandredaktion geplant. Und sehen Sie: hier beginnen die Schwierigkeiten, an die Sie nicht glauben wollen.

Wir haben die ganze traurige Entwicklung der oppositionellen Schriftsteller in unserem Blatt ausführlich (ausführlicher als alle anderen) dargestellt, im Feuilleton- wie im Auslandteil. Sie scheinen diese Berichte nicht zu kennen, sonst würden Sie nicht zu solch falschen Schlüssen kommen. Wie man diese triste Affäre politisch beurteilt — darüber brauchen wir uns nicht streiten. Da sind wir, für einmal, gleicher Meinung.

Angeklagt zu Unrecht und verurteilt zu Unrecht wurden indessen Schriftsteller. Schriftsteller schreiben Bücher, versuchen sie zu veröffentlichen und setzen sich bewusst der literarischen Kritik aus. Die Frage nach der literarischen Qualifikation auch dieser Schriftsteller ist demnach nicht eine «faule Frage», wie Sie meinen. Moralische Qualifikationen haben mit literarischen nichts zu tun — auch wenn einem diese Unterscheidung gelegentlich schwerfällt. Die Vermischung dieser beiden Kategorien jedenfalls bringt nichts Gutes, führt zu Fragwürdigkeiten, Missverständnissen, Fehlinterpretationen. Die Briefe der Swetlana, die mit Kitsch mehr als mit Literatur zu tun haben, wurden lächerlicherweise mit Tolstoi verglichen. Ähnliches widerfuhr Solschenizyns Romanen. Die Verlage wissen, wie man's macht, ihnen geht es ums Geschäft, nicht um die Moral und nicht um die Literatur — und wer nicht nichtmacht, wer sich unpopulärerweise erlaubt, literarisch zu urteilen, ist ein mitleidloser Neo-Stalinist.

Ich weiss nicht, ob ich «disinformiert» bin. Sie haben Rezensionen über Solschenizyn gelesen, kompetente gewiss, also Sekundärliteratur, ich habe die «Quellen» gelesen (oder das, was nach der Uebersetzung ins Deutsche davon übrig bleibt). Und nach dieser Quellenlektüre halte ich Solschenizyn für einen bewundernswerten Charakter, aber nicht für einen bedeutenden Schriftsteller. Sinjawschij hingegen halte ich für einen bedeutenden Mann, habe das auch in unserer Zeitung geschrieben — nicht in diesem Artikel, weil im Prozessbericht, der Anlass zu meiner Ergänzung gab, von Sinjawschij nicht die Rede war. Eine journalistische Massnahme — keine politische (und so müssen Sie auch den Titel verstehen: «dieses» gilt wörtlich).

Man kann über ein verwickeltes Problem in einem kleinen Ergänzungsartikel nicht erschöpfend Auskunft geben. Und man kann, im gleichen Zusammenhang, seine Meinung auch nur bis zu einem gewissen Grad differenzieren. Das wissen Sie als Journalist so gut wie ich. Und die Aufmachung meines Kästchens, der wichtigere zweite Artikel, der dazu gehört (und den Sie Ihren Lesern wohlweislich, aus taktischen Gründen, verschwiegen), hätte Ihnen wohl zeigen können, wie's gemeint war.

Christoph Kuhn

Sehr geehrter Herr Dr. Kuhn!

Darf ich zu Ihrem Brief wie folgt Stellung nehmen:

Es ist unbestritten Ihr gutes Recht, eine eigene Auffassung von den literarischen Fähigkeiten irgendwelcher Schriftsteller zu haben. Es ist sicher mein gutes Recht, Ihr literarisches Urteil in besonderen Fällen in Frage zu stellen. Im Falle Solschenizyns, dessen Werke ich natürlich gelesen habe — weil mir die Lektüre russischer Belletristik zu zeitraubend ist, wie Sie auf deutsch —, habe ich auf einige gewichtige osteuropäische Fachleute hingewiesen, die ihn als bedeutenden Schriftsteller betrachten. Diesen Stimmen besonders berufener Kritiker könnte ich jene Zenta Maurinas beifügen. Im Lichte solcher Äusserungen nimmt sich Ihre Feststellung, wonach es sich bei Solschenizyn «keineswegs um einen bedeutenden Schriftsteller handelt», doch reichlich apodiktisch aus. Aber entscheidend ist etwas anderes.

Zunächst möchte ich aus meiner Kritik wiederholen: «Bei den sowjetischen Prozessen gegen die oppositionellen Schriftsteller ging es in keiner Weise um deren berufliche Qualifikationen. Es ging um die wesentliche und grundsätzliche Frage der Freiheit.» Daher betrachte ich es nach wie vor als Verfälschung des Problems, wenn im Zusammenhang mit Prozessen, mit der Unterdrückung von Freiheitsrechten und mit Zensurmassnahmen die Betroffenen auf ihre schriftstellerischen Qualitäten hin geprüft werden. Wie berechtigt auch immer Ihr Fachurteil sein mag (und ich ziehe es in diesem Fall ernsthaft in Zweifel), so muss es sich als Schmälerung des menschlichen Einsatzes dieser Leute auswirken.

Wenn ein Bauer opfervoll um politische Freiheiten ringt, muss er dann ein guter Bauer sein? Und wenn er von vielen als guter Bauer bezeichnet wird, hat die Behauptung einiger, dass er zur falschen Zeit mähe, nicht einen Dolchstoss-Effekt? Dann nämlich, wenn die Frage seiner fachlichen Qualifikation in Zusammenhang gebracht wird mit der menschlichen Knebelung, der er unterworfen ist?

Wie sehr man sich solcher Zusammenhänge sonst bewusst ist, geht aus folgendem Vorfall hervor, der meines Wissens richtigerweise nirgends zu Beanstandungen geführt hat. Am 16. Juli wurde der Versilia-Viareggio-Literatur-Preis dem Griechen Alexander Panagoulis aus politischen Gründen zugesprochen. Der Hinweis aus eines überzeugten Literaturkritikers, bei Panagoulis

handle es sich um keinen bedeutenden Schriftsteller, wäre allgemein als Demonstration für das Athener Regime aufgefasst worden. Denn ein geschickter Versuch Athens, die Wirkung dieser Preisverleihung zu dämpfen, hätte auf dieser Ebene vorstossen müssen.

Und ein Moskauer Versuch, die negative Wirkung der Knebelung von russischen Schriftstellern einzudämmen, wird vor allem die Herabsetzung der betroffenen Personen beinhalten. Der Fall Kusnezow ist bloss das letzte einer langen Reihe von Beispielen. Von Moskau aus wurde der Rufmord eingeleitet mit dem Hinweis, Kusnezow habe ein Eheversprechen gegenüber einer Frau gebrochen, die von ihm ein Kind erwarte. Ist es ein Zufall, dass der Londoner Korrespondent des «Tagesanzeigers» (5. August 1969) schreibt, die Distanzierung Kusnezows von der Sowjetunion in leidenschaftlichen Briefen charakterisiere ihn «doch mehr als einen von der Zensur verfolgten, egozentrischen Schriftsteller denn als einen ideologischen Antikommunisten». Daraus könnte man lesen (ich unterstelle es nicht), dass der Träger des Protestes gegen den kommunistischen Totalitarismus entweder egozentrisch oder aber fanatisch sei. Solche unklare Formulierung kann zum Element des Rufmordes werden, gegen den der Kommunist so gut zu schützen ist wie der Antikommunist. Und ist es ein Zufall, dass eine der besten Beurteilungen des Falls Kusnezows, von Heinrich Kuhn in der «National-Zeitung» (9./10. August), darauf verzichtet, die Frage der literarischen Qualifikation im politischen Zusammenhang aufzuwerfen?

In diesem Sinne konnte ich mich (rhetorisch) fragen, ob Ihr Artikel von einem Nowosti-Korrespondenten geschrieben worden sei.

Im übrigen möchte ich noch kurz festhalten:

1. Ein Kasten hebt einen kurzen Text hervor, verleiht ihm also grössere Bedeutung. Ihr Text ist raummässig zudem länger als der «wichtigere zweite Artikel».
2. In diesem zweiten Artikel ist weder von Sinjawschij noch von Solschenizyn die Rede. Ihr Titel «Wie sind diese Sowjetdichter einzustufen?» wirkt daher keineswegs so wörtlich, wie Sie jetzt («wohlweislich aus taktischen Gründen») darzustellen belieben.
3. Es geht nicht um «ein verwickeltes Problem», über das man «in einem kleinen Ergänzungsartikel nicht erschöpfend Auskunft geben» kann. Es geht nur darum, dass Sie zwei verschiedene Probleme meines Erachtens unzulässig eingeebnet haben.

Peter Sager



Hat Pompidou das gesagt?

(Zu ZB, Nr. 17, S. 1, «Der Preis der Invasion?»)

Dass der damalige französische Ministerpräsident Michel Debré die Invasion der Tschechoslowakei einen «Verkehrsunfall» genannt hat, ist mir bekannt, aber dass der jetzige französische Präsident Pompidou das gleiche gesagt haben soll, davon hatte ich eigentlich nie etwas gehört.

O. W., Bern

Und ich auch nicht. Das war ein Flüchtigkeitfehler, den ich zu entschuldigen bitte.

cb

UdSSR und irakisches Erdöl

Am 21. Juni dieses Jahres wurde in Bagdad zwischen der staatlichen sowjetischen Aussenhandelsgesellschaft «Maschinoexport» und der «Iraq National Oil Company» (INOC) ein Abkommen unterzeichnet, in welchem sich die Sowjetunion bereit erklärte, die maschinellen Einrichtungen zu liefern, die zur Erschließung der südirakischen Erdölvorkommen benötigt werden. Praktisch geht es dabei um das sogenannte Halfayah-Gebiet, das sich östlich der Stadt Amara, in der Nähe der iranischen Grenze, befindet, sowie um die Vorkommen des Erdölgebiets von Nord-Rumaila.

Wie die INOC inzwischen mitgeteilt hat, umfasst das Abkommen einen allgemeinen Rahmenvertrag und zwei weitere Vereinbarungen über einen Gesamtwert von 72 Millionen Dollar. Die erste Vereinbarung bezieht sich auf die Lieferung von zehn Bohranlagen (darunter zwei für Tiefbohrungen bis zu 5000 Meter) im Wert von 9,5 Millionen Dollar, wogegen die zweite Fragen der technischen Hilfe, darunter die Ausbildung von 30 irakischen Technikern in der Sowjetunion, regelt. Der Preis der gelieferten Ausrüstungen wird auf Grund der Weltmarktpreise gerechnet. Bezahlt werden 10 Prozent in bar und weitere 15 Prozent durch Kreditbrief. Für die restlichen 75 Prozent gewährt die Sowjetunion einen Kredit mit einer Laufzeit von fünf Jahren und einer Verzinsung von 3 Prozent. Die Tilgung erfolgt ab 1973 in sieben gleichen Jahresraten in Form von Erdöllieferungen.

Mit den Vorarbeiten zur Erschließung des Erdöls von Nord-Rumaila hat man anfangs Juli in Anwesenheit des sowjetischen Botschafters in Bagdad, Wassili Nikolai, mit grossen Feierlichkeiten begonnen. Nach Abschluss der ersten Baustufe, das heisst in zweieinhalb Jahren, soll dieses Gebiet jährlich 5 Millionen Tonnen Erdöl produzieren. Die Investitionskosten belaufen sich auf 27 Millionen Dollar und schliessen die Anlage einer Erdölleitung ein, die zwischen Nord-Rumaila

und dem Erdölhafen Fao zu errichten ist. In der zweiten Etappe ist eine Jahresförderung von 18 Millionen Tonnen vorgesehen.

Mit der technischen Hilfe der Sowjetunion soll auch die Erschließung fünf weiterer südirakischer Erdölfelder von kleinerer Bedeutung ermöglicht werden. Es handelt sich um die Vorkommen bei Ratawi, Rachi, Luhais, Nahr Umr und Dujaila, die sich fast alle in einer Entfernung von rund 150 Kilometer (Dujaila 300 km) vom Hafen Fao befinden.

Die irakische Erdölproduktion belief sich für 1968 auf 74 Millionen Tonnen. Wie stark die Sowjetunion an irakischem Erdöl interessiert sein muss, zeigt schon das sehr ungleichgewichtige Bild in der Aussenhandelsbilanz der beiden Länder. Während die Sowjetunion ihre Exporte nach dem Irak zwischen 1966 und 1968 von 32,3 Millionen Rubel auf 45,7 Millionen Rubel steigerte (Maschinen und Ausrüstungen stellen mehr als die Hälfte), konnte die bisherige Einfuhr aus Irak, die zur Hauptsache aus gedörrten Datteln, Wolle und Häuten besteht, überhaupt kein entsprechendes Gegengewicht bilden. Sie belief sich 1966 auf 2,9 Millionen Rubel, stieg im Jahr darauf auf 4,6 Millionen und sank 1968 erneut auf 3,7 Millionen Rubel ab. Der Saldo für die drei Jahre belief sich somit auf 99,8 Millionen Rubel.

csc

Moskau gegen Washingtoner «Brückenbauer» nach Osteuropa

Von J. F. Balvány

Zur Stunde, da die Aussenminister Jugoslawiens und Rumäniens die Schicksalsgemeinschaft beider Länder mit Titos persönlichem Segen sehr zu Recht verbiefen, stösst die «Iswestija» in das Alarmhorn wegen der angeblichen westlichen Gefährdung des Sowjetimperiums.

In Wirklichkeit handelt es sich dabei für den Kreaml um die immer verbisseneren Verteidigungsoperation dessen, was Stalin entgegen dem Jalta-Abkommen kolonisiert hatte, nämlich die Osteuropastaaten, für die demokratische Regimes, keineswegs aber russische Satrapien vorgesehen waren. Die Länder, wo Bierut, Novotny, Rakosi, Anna Pauker und Tschcherwenkow mit Hilfe der immerfort an Ort und Stelle reichlich stationierten Rotarmisten — allein Gh. Dejs Rumänien vermochte sich ihrer während der sechziger Jahre zu entledigen, und darin liegt das Geheimnis des Bukarester «Eigenweges» — die Macht gewaltsam ergriffen, bleiben unverändert erbarmungslos auf den Breschnew-Kurs vergattert. Genau gesagt gegen die Vereinigten Staaten, gegen die Bundesrepublik, gegen Israel und vor allem gegen eine auch noch so kompromissbereite abendländische

Ostpolitik. Man braucht nur die Physiognomien der tonangebenden Sowjetmarschälle Malinowski, Jakubowski und Genossen zu studieren, um mehr an Iwan den Schrecklichen bzw. an Taras Bulba zu denken, denn an eine Kreaml-Politik, die, auf dem Budapest-Umweg, in Sachen europäischer Sicherheit dem Westen unter Umständen auch nur irgend etwas Annehmbares zu offerieren hätte. Ob Brandt, Harmel, Waldheim und andere «Entspannungspolitiker» in Wirklichkeit an solches glauben, muss man sich ebenso ernsthaft wie besorgt fragen!

Weil Stalin die europäische Integration ebenso fürchten musste wie Breschnew, wollte der eine wie der andere seinen veteranen und asiatisch-rückständigen Herrschaftsapparat petrifizieren. Mit dessen Sinn und Zweck ist die herkömmliche Bürokratisierung und Pauperisierung des altkommunisti-



YES SIR
RITEX

RAMBLER
Welch ein Anzug!

Wirklich: überall kann man ihn tragen. Auf der Strasse und auf der Reise. Und im Büro und bei Kundenbesuchen. Er ist modisch-aktuell, also mit breitem Revers, leicht tailliert, mit erhöhten Schultern und leicht überrollenden Ärmeln. Seine Eigenschaften: knitterarm, fleckenunempfindlich und angenehm im Tragen. 55 % Terylene, 45 % reine Schurwolle. Farben: Grau, Kobaltblau oder Topasbraun.

Bezugsquellennachweis durch RITEX AG Qualitätsbekleidung 4800 Zofingen

schen Regierungssystemes engstens verbunden. Daher rührt aber auch die Unruhe, die Unzufriedenheit, ja sogar die (z. B. tschechoslowakische) Auflehnung gegen das Moskauer Allheilmittelrezept.

Die Liquidierung des Individuums steht dabei unverändert im Mittelpunkt der «Ideologie», weil der Sowjetmensch unserer Tage keine Meinung, keinen Willen und natürlich auch kein nennenswertes persönliches Eigentum haben soll. Am allerwenigsten darf er mit der Aussenwelt, wie immer sie auch beschaffen sei, einen freimütigen Meinungsaustausch pflegen. Das gilt vornehmlich für die Jugend der Kreaml-Blockstaaten, die schon seit Jahren sogar von Jugoslawien- und Rumänienreisen ausgeschlossen ist. Aber auch für Erwachsene, worüber der emigrierte Sowjet-Starliterat A. Kusnezow das erschütterndste Zeugnis ablegte, indem er bekannte, von Camus, Sagan, Kafka und vielen andern bloss gehört, niemals aber ein Werk in die Hände bekommen zu haben, obgleich er sich darum nachhaltig bemüht hatte. Die Beobachtung der Kreaml-Staaten führt folglich — ungeachtet ihrer inneren Unruhen — zur Erkenntnis, dass sich deren Regime mit der Aussenwelt in einer neuen Form des kalten Krieges befinden. Und zwar auch dann, wenn man es im Westen nicht wahrhaben will.

Ebenso interessant wie erfreulich ist dabei die Tatsache, dass dieses Regime bei gleichbleibenden Zielsetzungen zu deren Verwirklichung nicht alle veteranen KP-Methoden einzusetzen vermögen. Weder Schauprozesse, noch Verschleppungen oder Genickschüsse, und erst recht keine totalen Grenzsperrungen, gestalten heute den Eisernen Vorhang so dicht wie zur Zeit Stalins. Und auch mit der Meinungsbildung ist es anders, denn die Ulbrichts, Gomulkas, Husaks, Kadars bzw. Schiwkows wenden sich nunmehr an Massen, die alle Ursachen ihrer eigenen Dürftigkeit meistens ebenso erkannt haben wie das Satellitentum der heimischen KP-Spitzen. Immer heftiger muss und wird demnach der Kreaml-Apparat gegen den fortschreitenden Verschleiss des kommunistischen Anschens wettern, immer kürzer wird er die Jugend, die Presse und die Bürokratie an die Kandare nehmen, immer hartnäckiger wird er gegen die ökonomische Raison ankämpfen, um sich schliesslich durch verschmolzenes Säbelgerassel bzw. durch Warschauer-Pakt-Manöverlärm stark zu machen. Die Ebbe moskowitischer Gefolgschaftsbegeisterung heisst nach der Kreaml-Sprachregelung «Nationalismus» und jeder Blick nach der ausser-sowjetischen Welt «Revisionismus, Rechtsopportunisten, Antisozialismus».

Zusammenhänge

Wenn je Bewegung in den sino-sowjetischen Stellungskrieg kommen sollte, so hatten wir dieses Frühjahr nach den Ussuri-Zwischenfällen geschrieben (siehe ZB Nr. 10 «Sinkiang und die Mongolei», sowie ZB Nr. 7, «Zusammenhänge»), dann seien die anfälligen Gebiete nicht an der mandschurisch-sibirischen Grenze zu suchen, sondern dort, wo Sinkiang an die asiatischen Sowjetrepubliken grenze.

Inzwischen haben sich die Auseinandersetzungen tatsächlich in jenes Gebiet verlagert. Nun heisst das noch lange nicht, dass deswegen ein «Bewegungskrieg» zu erwarten wäre. Aber rein geographisch sind hier Voraussetzungen dazu gegeben, die bei der Konfrontation am Amur und Assuri einfach fehlten. Dort stehen Chinesen und Russen (die früheren ethnischen Minderheiten auf sowjetischer Seite sind belanglos geworden) einander direkt gegenüber, und das Hinterland ist beidseitig gefestigt. Sowohl das fernöstliche Sibirien als auch die chinesischen Nordostprovinzen Heilungkiang und Kirin sind in ihrer territorialen Zugehörigkeit eindeutig fixiert, und die platonischen chinesischen Gebietsansprüche aus den letzten hundert Jah-

ren für die nächsten hundert Jahre ändern nichts daran, wenigstens nicht für die politisch voraussehbare Zukunft.

Im Falle Sinkiangs und Kasachstans liegt die Sache anders. Beidseits der Grenze leben Türk-völker gleicher Herkunft. Dabei besteht allerdings der Unterschied, dass im Norden der Grenze die Sowjetisierung durchgeführt ist, während im Süden eine entsprechende «Sinisierung» zwar nach Kräften gefördert wird, aber keineswegs erfolgreich abgeschlossen ist. Sinkiangs chinesische Zugehörigkeit war weder in der alten noch in der neuesten Zeit kontinuierlich. 1933 hatte sich die Provinz als unabhängig erklärt und gehörte dann zur Zeit des Kuomintang zum sowjetischen Einflussbereich. Erst unter kommunistischer Herrschaft vermochte sich China das Gebiet wieder anzueignen und konstituierte dann 1955 die heutige Ujghurische Autonome Region Sinkiang.

Bei jeder sino-sowjetischen Auseinandersetzung in diesem Gebiet ist ganz eindeutig China vulnerabel. Sinkiang hat als nukleares Testgebiet seine ganz enorme strategische Bedeutung, leistet mit seinen Erdölvorkommen einen wichti-

gen Beitrag zur Energieversorgung des Landes und hat vielversprechende Bodenschätze aufzuweisen. Dabei aber ist die zentrale Kontrolle wohl nirgends schwächer als in diesem dünnbesiedelten Gebiet, wo keine zehn Millionen Einwohner auf einer Fläche wohnen, die gut 40mal so gross ist wie die Schweiz. Der chinesische Anteil an der Einwohnerschaft wird auf etwa drei Millionen geschätzt, was zwar gegenüber 1949 eine Zunahme um tausend Prozent bedeutet, aber noch lange keine Majorisierung der ursprünglich ansässigen Volksgruppen. Diese können unter zulässiger Vereinfachung allesamt als potentielle Feinde der Chinesen betrachtet werden. Man darf annehmen, dass sie eine allfällige sowjetische Intervention tatsächlich als Befreiung begrüßen würden. Sie könnten dadurch vielleicht zu einer nominellen Unabhängigkeit im Stile der Mongolei unter sowjetischer Protektion kommen.

Im übrigen ist gerade die jüngste Geschichte der Mongolischen Volksrepublik in diesem Zusammenhang aufschlussreich, wenn auch natürlich die unterschiedlichen Voraussetzungen nicht zulassen, dass man daraus einen Präze-

Der Buchtip

Ota Sik: «Fakten der tschechoslowakischen Wirtschaft.» Verlag Fritz Molden, Wien/München/Zürich, 1969. 140 Seiten. Aus dem Tschechischen übersetzt.

Der tschechoslowakische Oekonom und Wirtschaftspolitiker Professor Ota Sik ist keine unbekannt Persönlichkeit im Westen. Sein 1967 auch in deutscher Sprache veröffentlichtes Werk «Plan und Markt im Sozialismus» ist eine ausgezeichnete Darstellung jenes neuen sozialistischen Wirtschaftsmodells, mit dem die Prager Reformer das ihnen aufgedrängte und sich nachher als ungeeignet erweisende sowjetische System ersetzen wollten. Um die damit zusammenhängenden komplizierten Fragen auch für die breite Öffentlichkeit verständlich zu machen, hielt Professor Sik in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres sechs interessante Fernsehvortrüge, in denen er die Gründe der Reformbedürftigkeit der tschechoslowakischen Wirtschaft eingehend erläuterte. Diese Vortrüge wurden nun in dem vorliegenden Band zusammengefasst, das am Beispiel der Tschechoslowakei über das gesamte wirtschaftliche System des Ostens ein sehr genaues und aufschlussreiches Bild vermittelt.

Der Kern der tschechoslowakischen Schwierigkeiten besteht nach Professor Sik darin, dass die Expansion der Wirtschaft durch extensive Mittel, d. h. bei steigender Arbeitskräftezahl und sinkender Arbeitsproduktivität gefördert wurde. Gleichzeitig gingen auch die einträglichen westlichen Märkte verloren, denn die Mitgliedländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe bestanden mit Nachdruck darauf, dass «die Tschechoslowakei ihre Beziehungen mit dem Westen radikal

einschränken und alle ihre Erzeugnisse mit Vorrang den sozialistischen Staaten anbieten solle». Den grössten Fehler, den man beim Aufbau des Sozialismus begangen hat, sieht der Verfasser in der «künstlichen Unterdrückung der Marktverhältnisse», denn ohne einen wirksamen, vom Spiel des Angebots und der Nachfrage gelenkten Preismechanismus kann auch der Sozialismus nicht auskommen.

Der Durchschnittsbürger konnte sich über den wahren Stand der einheimischen Wirtschaft kein klares Bild machen, denn veröffentlicht wurden nur jene Daten, welche die Wirtschaft des Landes in ein günstiges Licht rückten. Im Vordergrund stand die Quantität, obwohl für den Fortschritt nicht der Kilogrammwert des erzeugten Stahls, sondern vor allem das technische Niveau von Bedeutung ist. Aber eben hier ergaben sich schwerwiegende Vernachlässigungen. Aus rein ideologischen Erwägungen wurde z. B. die Kybernetik auch noch zu jener Zeit als eine «bourgeoise Pseudowissenschaft» verdammt, als man im Westen bereits Hunderte dieser Anlagen installierte.

Am prägnantesten traten die Fehler des sozialistischen Systems sowjetischer Prägung auf dem Gebiete des Aussenhandels zum Vorschein. «Wenn wir», schreibt Professor Sik, «z. B. eine Tonne Blech tschechoslowakischer Erzeugung im Durchschnitt für 627 Kronen exportieren, den selben Artikel hingegen im Ausland für beinahe das Doppelte, für 1232 Kronen, einkaufen, dann zeugt diese Tatsache selbst von einer krankhaft niedrigen Verwertung des Rohstoffes, den wir darüber hinaus einführen.» Bei den Rohren ergab sich das gleiche Bild, denn einem Exportpreis von 1000 Kronen je Tonne stand ein Importpreis von 4958 Kronen gegenüber. Unter diesen Umständen sei es kein Wunder, dass sogar die Zentralstellen den Aussenhandel «nicht etwa als eine

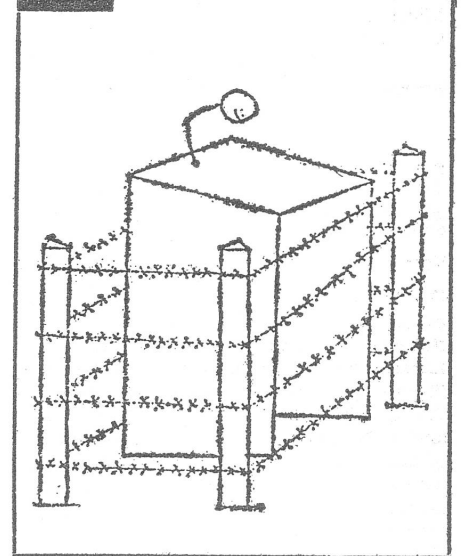
Quelle des nationalen Reichtums aufgefasst, sondern eher als eine unausweichliche Folgeerscheinung unserer Produktion» betrachtet haben.

In den weiteren Kapiteln erläutert der Verfasser die Gründe des relativ niedrigen Lebensstandards der tschechoslowakischen Bevölkerung, die mangelhafte Kaderpolitik und viele andere wichtige Fragen der tschechoslowakischen Wirtschaft.

Besonders interessant ist auch das von Professor Sik verfasste Vorwort, in dem er die Verlogenheit der gegen ihn geführten östlichen Kampagne entlarvt.

E. Sch.

RADIČ: POMLAD 1969



Frühling 1969. («P. 24», Bratislava)